

NDB-Artikel

Bennigsen, Karl Wilhelm *Rudolf* von Parlamentarier, * 10.7.1824 Lüneburg, † 7.8.1902 Bennigsen (Kreis Springe). (evangelisch)

Genealogie

V →Karl (1789–1869), hannoverischer Generalmajor und Militärbevollmächtigter beim Bundestag, S des hannoverischen Oberstleutnant August (* 1765, ertrunken 1815 Ostende) und der Henr. von Alvensleben (1765–1838);

M Elise (1801–86), T des hannoverischen Generalleutnants Karl von Jonquière (1771–1831, aus uradeliger französischer Refugiéfamilie) und der Luise von Plato aus dem Hause Grabow;

⊙ Frankfurt/Main 1854 Anna von Reden (1834–1902); 9 K, u. a. →Rudolf (1859–1912), 1. Gouverneur von Neu-Guinea, 1899–1902.

Leben

B. studierte 1842–45 in Göttingen und Heidelberg Jurisprudenz und trat 1846 in den hannoverischen Staatsdienst, den er jedoch schon 1856 nach seiner Wahl in die hannoverische 2. Kammer wieder verließ, da ihm der Urlaub zur Ausübung eines Abgeordnetenmandats verweigert wurde. Er gehörte mit Johannes Miquel 1859 zu den Gründern und war der eigentliche Leiter des Deutschen Nationalvereins, der die politischen Ziele der „Erbkaiserlichen“ des Frankfurter Parlaments: Preußens Hegemonie und Deutsches Parlament, wieder aufgriff, ihren allzu doktrinär gefärbten Unitarismus aber durch ein bundesstaatliches Ideal ersetzte. Vor dem Ausbruch des Krieges von 1866 versuchte er als Führer der Kammermehrheit im Landtag vergeblich, Hannover vor dem Bündnis mit Österreich zu bewahren. Nach der Annexion Hannovers wurde er in den Norddeutschen Reichstag und in das Preußische Abgeordnetenhaus - dessen Präsidium er 1873–79 innehatte - gewählt und trat an die Spitze der neuen, meist aus Neu- und Nichtpreußen bestehenden nationalliberalen Fraktion, die den Einheitsgedanken als das zunächst erreichbare Ziel gegenüber den verfassungspolitischen Wünschen in den Vordergrund schob. Daher verzichtete er vorerst auf die Forderung einer Durchführung des parlamentarischen Systems, erreichte aber entgegen dem Bismarckschen Verfassungsentwurf die Erweiterung der Kompetenzen des Bundes sowie die Festlegung der allerdings praktisch bedeutungslosen Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers. Im Dezember 1870 nahm B. in Versailles als Vertrauensmann →Bismarcks an den Beratungen über die Verträge zwischen den süddeutschen Regierungen und dem Norddeutschen Bund teil. 1871 trat er in den Reichstag ein und übernahm auch hier die Führung der Fraktion. Am Reichsausbau der 70er Jahre konnte er bedeutenden Anteil nehmen; sein Werk sind vor allem der Kompromiß über die siebenjährige

Festlegung der Friedensstärke des Heeres („Septennat“, 1874) und die Justizgesetzgebung von 1876.

Mit der seit 1877 in Angriff genommenen Ordnung der Reichsfinanzen wurden grundsätzliche wirtschaftliche und politische Probleme der Reichspolitik aufgerollt: neben der Frage, ob Freihandels- oder Schutzzoll-System, vor allem die einer unitarisch-parlamentarischen oder aber föderalistisch-konservativen Fortbildung der Verfassung. Verhandlungen → Bismarcks mit B. über dessen Eintritt in das preußische Ministerium scheiterten z. T. an der Abneigung Wilhelms I. gegen B., z. T. an dessen Bedingung der gleichzeitigen Berufung seiner Parteifreunde Max von Forckenbeck und Franz von Stauffenberg, und offenbarten so die Schwäche der nationalliberalen Position. Die durch diese Vorgänge hervorgerufene Spannung zwischen → Bismarck und den Nationalliberalen verstärkte sich, als diese 1878 die von → Bismarck geforderte Tabaksteuer und den ersten Entwurf des Sozialistengesetzes, 1879 aus unitarischen Erwägungen die sog. Clausula Franckenstein und schließlich aus konstitutionellen Gründen den ganzen wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung ablehnten, obgleich mit B. ein Großteil der Partei einem gemäßigten Protektionismus zuzustimmen bereit gewesen wäre. Trotz B.s Kompromißbereitschaft und seiner eifrigen, aber immer erfolgloseren Vermittlertätigkeit zwischen den heterogenen Teilen der Partei gelang es indessen → Bismarck - indem er gleichzeitig mit dem Abbau der Kulturkampfgesetze begann und so erneut seine Trennung von den Liberalen betonte - seine Wirtschaftspolitik mit Hilfe einer konservativ-klerikalen Majorität durchzusetzen und zugleich die nationalliberale Partei zu sprengen: 1879 sonderte sich eine rechte, schutzzöllnerische Gruppe ab und 1880 in der sog. Sezession der linke Flügel. Damit war, wie die Wahlen der folgenden Jahre im Reich (1874: 155, 1881: 47 Sitze) und in Preußen zeigten, die parlamentarische Machtstellung der Liberalen gebrochen, B.s Lebenswerk im Grunde vernichtet. Am 11.6.1883 zog er aus dieser Lage die Konsequenz und legte seine Mandate für den Reichstag und das Preußische Abgeordnetenhaus nieder. Erst 1887 kehrte er in das politische Leben zurück, als es zum sog. Kartellreichstag kam, in dem sich Konservative und Nationalliberale zur Durchbringung der Septennatsvorlage zusammenfanden. Er trat wieder an die Spitze seiner Partei, aber ohne daß diese noch einmal eine wesentliche Bedeutung erlangen konnte.

Während seiner Tätigkeit im Reichstag und im Abgeordnetenhaus war B. gleichzeitig in der Selbstverwaltung seiner Heimatprovinz tätig; er wurde 1868 von den Provinzialständen zum Landesdirektor gewählt und war 1888-97 Oberpräsident von Hannover.

B. kann in ganz besonderem Maße als Repräsentant jener zweiten Generation des deutschen Liberalismus gelten, die unter dem Eindruck einer überwältigenden geschichtlichen Erfahrung auf den Versuch verzichtete, die deutsche Einheitsentwicklung nach dem Maßstabe seiner reinen Idee zu bestimmen, und die eine Brücke von den Staats- und Gesellschaftsidealen, von denen sie herkam, zu der praktischen Wirklichkeit eines nationalen Staatslebens zu schlagen versuchte. Das Scheitern der eigenen liberalen Einheitsaktion im Deutschen Nationalverein, der noch mitten zwischen der ideologischen und der praktischen Periode des deutschen Liberalismus stand,

wies B. endgültig auf die Bahn der freiwilligen Bereitschaft zum Anschluß an die Politik →Bismarcks, die er trotz ihrer preußisch-militärischen Färbung als den einzigen Weg zur Erfüllung der nationalen Hoffnung ansah. Seine gesamte Tätigkeit während der 70er Jahre, seine Kompromißbereitschaft gegenüber den Wünschen der Regierung, findet ihre Erklärung in seiner politischen Überzeugung, daß man zugleich den nationalen wie den freiheitlichen Ausbau des Reiches fördern müsse. Er wollte durch seine Mitarbeit am Staat die Möglichkeit zu positiver Beeinflussung der Entwicklung geben, durch die allein das notwendige Maß an Garantien für die Ausbildung eines wahrhaft konstitutionellen Staatswesens gesichert werden könne.

Werke

H. Oncken, Aus d. Briefen R. v. B.s, in: Dt. Revue, Jg. 31, 1906/07, Jg. 33, 1908;

Reden, hrsg. v. W. Schultze u. F. Thimme, 2 Bde., 1911-22.

Literatur

E. Schreck, R. v. B., 1894;

W. v. Hassell, Gesch. d. Kgr. Hannover, 1898;

H. Oncken, B. u. d. Epoche d. parlamentar. Liberalismus in Dtl., in: HZ 104, 1910;

ders., R. v. B., ein dt. liberaler Politiker, Nach seinen Berr. u. hinterlassenen Papieren, 2 Bde., 1910 (*P*, dazu F. Meinecke in: HZ 106, 1911);

L. Maenner, Dtl.s Wirtschaft u. d. Liberalismus in d. Krise v. 1879, in: Archiv f. Politik u. Gesch. 9, 1927, separat 1928;

D. Sandberger, Die Ministerkandidatur B.s, = Hist. Stud. 183, 1929;

E. Eyck, Bismarck, 3 Bde., Erlenbach-Zürich 1941-44;

H. Oncken, in: BJ VII, S. 267-90 (*L*).

Portraits

Ölgem. v. F. v. Lenbach (Kestnermus. Hannover);

Holzschnitte in: LIZ 35, 1880, S. 6, 48, 1867, S. 211, 76, 1881, S. 440, 88, 1887, S. 195, 103, 1894, S. 12.

Autor

Hans Herzfeld

Empfohlene Zitierweise

, „Bennigsen, Rudolf von“, in: Neue Deutsche Biographie 2 (1955), S. 50-52
[Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

02. Mai 2025

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
